

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 7.00, vierteljährlich 21.00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 22.50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., auswärts 1,20 Mk., Reklamezeilen Mk. 3.00, bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 301

Fernruf 179

Wildbad, Freitag den 23. Dezember 1921

Fernruf 179

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Die „D. Allg. Ztg.“ verzeichnet das Gerücht, Dr. Nathanau sei zum Reichsminister des Äußern vorzugesehen.

Admiral Condreotis, der eine zeitlang die Regentschaft in Griechenland geführt hatte, ist in Athen von ehemaligen Kriegsteilnehmern durch Revolvererschüsse in den Unterleib schwer verwundet worden.

Das albanische Ministerium in Tirana wurde von den Anhängern des verstorbenen Essad Pascha gestürzt, die ein neues Kabinett bildeten. Ahmed Bei, ein Verwandter Essad Paschas, marschiert an der Spitze einer gut bewaffneten Truppe nach Tirana. Die Vertreter des Völkerbunds sind von Tirana abgereist.

Die Arbeiter von Puebla (Mexiko) haben die Sowjetregierung ausgerufen.

Frankreich und seine Schwarzen.

Der Negorathgeordnete Blaise Diagne, der die Interessen seiner Landsleute so wader vertritt, daß er während des Kriegs jeden auch nur halbwegsigen Neger als Krieger sehen wollte, macht gegenwärtig eine Vortragsreise durch die französischen Provinzen, um für das schwarze Heer Stimmung zu machen. Dieser Tage sprach er in Lyon und verlangte unter anderem eine „etwas menschliche Behandlung dieser treuesten Söhne Frankreichs“, ferner eine Ausbildung, die nicht bloß die Handhabung der Waffen bezweckt, sondern auch die Erlernung der Sprachen, Unterweisung in landwirtschaftlichen Arbeiten und dergl. mehr. Es ist nun auffallend, daß „Muffi“ Diagne in Frankreich vielfach angefeindet wird. Die Militärkreise sind nur insoweit seiner Ansicht, als sie ein möglichst starkes Negerheer heranbilden wollen, aber nur als Kanonenfutter, weil es sich doch nicht verlohnt, den Schwarzen eine Ausbildung für ihre spätere Zivilbeschäftigung zu geben; denn jene, welche nach Ablauf ihrer Dienstzeit in Europa heimgeschickt werden, seien doch zum größten Teil schwindsüchtig, syphilitisch usw. und dadurch für eine weitere „Kulturarbeit“ verloren. Andererseits muß man der Wahrheit die Ehre geben und feststellen, daß in Frankreich selbst ziemlich weite Kreise gegen eine Vermehrung des Negerheers sind. Man darf aber nun nicht etwa glauben, daß daran der jüngste Zwischenfall mit Italien schuld sei, in dessen Verlauf italienische Mütter schrieben, Italien „sei noch nicht so moralisch verlottert, um seine Grenzen von Wilden verteidigen zu lassen“. Die Beweggründe der französischen Regierung sind ganz anderer Natur. Die französischen Kolonien haben den empfindlichsten Mangel an Arbeitskräften, und die französischen Kolonisten sowie jene Geschäftskreise, welche die Ausbeutung der Kolonien im Auge haben, wollen mit allen Mitteln verhindern, daß man eine größere Rekrutenziffer anieht. Es geht beispielsweise nicht an, daß man einem so menschenarmen Land, wie es Französisch-Westafrika sei, jährlich 140 000 Rekruten abverlange. Was man nicht eingesehen will, worüber aber der geschwätige Diagne erschöpfende Auskunft gab, ist der „schlimme Geist“, der sich bei den Heimkehrern zeige. Sie wollen nicht mehr um Hungerlöhne arbeiten, und sie haben die unglaubliche Frechheit, sich als französische Bürger zu fühlen und Anerkennung ihrer politischen Rechte zu verlangen!

Gegen diese „unverschämten Neger“ hat unlängst der Kolonialminister Sarrant scharf gemacht; er ließ in einem Rundschreiben die „räudigen Schafe“ der französischen Kolonien wissen, daß sie ihr Verhalten eines Tags bereuen werden. Daran ist sicherlich kein Zweifel. Frankreich versteht in dieser Hinsicht keinen Spaß. Sarrant bekam im Nu eine Menge von Glückwunschbepfeichen zu seinem nützigen Vorgehen, unter anderem von allen Kolonialgesellschaften.

Wie herrlich Frankreich für das leidliche Wohlergehen seiner Neger sorgt, geht aus einer Statistik der letzten Novembernummer der „Dépêche Coloniale“ hervor. Es wird da über die Ergebnisse der letzten Rekrutierungen in Westafrika berichtet. Man kann da unter anderem lesen: „Im Distrikt von Mamou wurden von 4000 Stellungsplätzen nur 35 tauglich befunden. In

Zabé nur 327 von 4000, in Kindia 65 von 1400, in Beyla 60 von 3000“...

Welche Mühe sich die französischen Offiziere geben, ihren schwarzen Untergebenen auch nur einige Brocken der französischen Sprache beizubringen, dafür gab Muffi Diagne ein ergötzliches Beispiel von dem Befehlshaber am Rhein: „Ich kenne einen Offizier, dessen Ordnungsburche nur seine heimatliche Sprache verstand, von dem der Offizier kein Wort verstand. Mehrere Monate hindurch behalf man sich deshalb nur mit der Zeichensprache. Aber ein Vierteljahr später konnten sich Herr und Diener ziemlich geläufig verständigen. Sie hatten nämlich beide — deutsch gelernt!“...

Die Urteilsbegründung im Prozeß Zagow

Leipzig, 22. Dez. In der Begründung des Urteils im Prozeß Zagow und Genossen führte der Präsident v. Belargus u. a. aus:

v. Zagow sprach seine Bereitwilligkeit aus, sich an der von Kapp geplanten Neuordnung der Dinge zu beteiligen. Als der Einzug der Döberiger Truppen in Berlin erfolgte und Lüttwig die höchste Gewalt in den Händen hatte, erklärte sich Zagow Kapp gegenüber bereit, das preussische Ministerium des Innern zu übernehmen. Eine Fülle von Annahmen wurde nach dem Einzug Kapps in der Reichskanzlei verfaßt und zu verbreiten versucht. Zagow war von Kapp zum preussischen Minister des Innern ernannt worden. Wangerheim war als preussischer Landwirtschaftsminister und Schiele als Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen. Zagow nahm eine Reihe von Amtshandlungen vor. Wangerheim hat keine amtlichen Handlungen vorgenommen, sondern nur den drohenden Eisenbahnerstreik abzuwehren versucht. Schiele ist nicht als Minister tätig geworden; er hat nur an Besprechungen teilgenommen. Das Vorgehen Kapps und des Generals Lüttwig stellt den vollendeten Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens dar im Sinne der Paragraphen 81, 2 und 82. Die Aenderung wurde gewaltsam zu erreichen versucht, wie sich aus der Verwendung von Militär und aus der Befehung der Ministerien ergibt. Der Einwand, durch die Revolution vom 9. November 1918 seien diese Bestimmungen des Strafgesetzbuchs hinfällig geworden, ist unbegründet, denn das Strafgesetzbuch schützt jede bestehende Einrichtung. Verlanglos für die Schuldfrage ist der Umstand, daß Kapp, v. Lüttwig und v. Zagow nur im Interesse des Vaterlands gehandelt zu haben glaubten.

Mit Unrecht berufen sich die Verteidiger auf Notwehr, gegenüber den damaligen, angeblich ungeseligen Zuständen. Unter keinen Umständen ist ein Staatsbürger beugt, gewaltsam gegen solche seiner Meinung nach ungeseligen Zustände vorzugehen. Es gibt andere und zwar gesetliche Mittel, sich dagegen zu wehren. Alle drei Angeklagten mußten einsehen und haben nach der Ueberzeugung des Gerichts auch eingesehen, daß es sich um ein hochverräterisches Unternehmen handelte. Indem sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung stellten, haben sie sich nicht nur äußerlich an dem Unternehmen beteiligt, sondern auch fortgangsfördernd beteiligt. Für ihre Mittäterschaft fehlen ausreichende Anhaltspunkte. Deshalb muß es bei der Feststellung sein Bewenden haben, daß sie den beiden Führern durch Rat und Tat wirkliche Beihilfe geleistet haben.

Der Einwand, daß am Morgen des 13. März das hochverräterische Unternehmen schon beendet gewesen sei, schlägt nicht durch. Es waren auch noch weiter in der Zukunft liegende Ziele geplant. Der Senat erachtet es für ausgeschlossen, daß sich die Angeklagten über diese Ziele im Irrtum befunden haben. v. Zagow wurde nicht zum unverantwortlichen Werkzeug oder nur zum bloßen Boten, wenn er das von Kapp ihm angebotene Amt annahm. Das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 verweist unter Führern alle Personen, die sich an leitender, hervorragender Stelle an einem hochverräterischen Unternehmen beteiligen und auffällig betätigt haben. Zagow hat sein großes Wissen und seine reiche praktische Erfahrung in den Dienst Kapps gestellt und so den Boden für das Unternehmen geebnet. Da er aus selbstloser Vaterlandsliebe gehandelt hat und in einem unruhigen Augenblick dem Rufe Kapps gefolgt ist, sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden. Andererseits erscheint mit Rücksicht auf die schweren Folgen

des Kapp-Unternehmens, die zum Teil bis heute nicht gänzlich beseitigt sind, eine nicht zu gering zu bemessende Strafe angebracht. Die beiden anderen Angeklagten haben nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Eine führende Rolle zu spielen sind sie durch den Rücktritt Kapps verhindert worden. Deshalb war gegen sie auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren einzustellen.

Erster Betriebsrätekongreß des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands.

Am letzten Sonntag tagte in Duisburg der Erste Kongreß der im Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands organisierten Betriebsräte. Der Vorsitzende Schmitz bezeichnete als Ziel des Betriebsrätegesetzes eine grundsätzliche Aenderung der Wirtschaftsordnung. Die alte Wirtschaftsordnung baue sich auf dem Recht des Besitzers auf. Die neue Wirtschaftsordnung müsse sich aufbauen auf dem Recht der Arbeit. Der Ausführung des Betriebsrätegesetzes stellen sich Widerstände entgegen aus Kreisen der Unternehmer, dem Linkstabilismus und durch die schwere Lage der deutschen Wirtschaft. Eine Entschlieung wendet sich gegen den Mißbrauch gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie sie von radikaler Seite durch wilde Streiks usw. betrieben werden und richtet an die Gewerkschaften das Ersuchen, gemäß ihren Satzungen bei wilden Streiks keine Unterstützungen mehr auszusprechen. Eine zweite Entschlieung spricht sich gegen Sonntags- und Festtagsarbeit aus und deren Bechränkung auf das Mindestmaß. Eine weitere Entschlieung zum Betriebsrätegesetz spricht sich für die Sicherung des Betriebsrätegesetzes und gegen die Anstürme scharfmacherischer Arbeitsvereine und den Linkstabilismus aus. Ferner wird ein Einspruchsrecht beim Schlichtungsausschuß für unbillich Erlassene verlangt. Die seitler jährlich statt findenden Neuwahlen der Betriebsvertretungen sollen auf zwei Jahre verlängert werden, und die Rechte der Betriebsobmänner im KIngewerbe verbessert werden. In einer Entschlieung wird Stellung genommen zur ungenügenden Kohl ubeförderung und Kohlenzufuhrung, wodurch Betriebe, Wirtschaft und Arbeiterschaft sehr geschädigt werden. An das Reichsverkehrsministerium richtet sich eine Entschlieung, die den Weg all der alten Arbeiterwochenkarte bebauert und eine soziale Gestaltung der Preise für den Nahverkehr der Arbeiterschaft von und zur Arbeitsstätte verlangt.

Neues vom Tage.

Strafunterbrechung.

Berlin, 22. Dez. Auf Wunsch des Reichspräsidenten wird der Reichsjustizminister noch vor den Festtagen eine große Zahl von Verurteilten, die auf Grund sondergerichtlicher Urteile Strafen bis zu einem Jahr zu verbüßen haben, Strafunterbrechungen zuteil werden lassen mit Aussicht auf bedingten Straferlaß.

Austritt aus der Eisenbahnergewerkschaft.

Berlin, 22. Dez. Wie die „Kreuzztg.“ meldet, hat der Verband der höheren Reichseisenbahnbeamten, dem der größte Teil der maschinentechnischen, bautechnischen und nichttechnischen Oberbeamten sowie die Ministerialamtämner der Reichseisenbahnverwaltung angehört, vorgestern seinen Austritt aus der Reichsgewerkschaft erklärt. Maßgebend für diesen bedeutungsvollen Schritt ist die Haltung des Vorstands, dessen Vorgehen die höheren Beamten bei der letzten Wahl des Verbands nicht billigen konnten.

Einheitliche Gehaltsregelung?

Berlin, 22. Dez. Der „Vokalanzeiger“ erfährt, die Reichsregierung gehe mit dem Plan um, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbediensteten, sondern auch in der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Die Besprechungen hierüber sollen in kürzester Zeit aufgenommen werden.

Eine Verständigung in London?

Paris, 22. Dez. Aus London wird berichtet, über den Aufschub der deutschen Zahlungen sei eine Verständigung erzielt worden. Darnach müssen die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Beiträge zusammen etwa 770 Millionen Goldmark unter allen Umständen bezahlt werden. Für die nächste Zahlung am 15. April mit 500 Millionen Goldmark könne eine Stundung zugestanden werden, aber nur unter der Bedingung, daß die Leitung der deutschen Reichsfinanzverwaltung in die Hände der Verbündeten gelegt und daß die Reichsbank dem Einfluß der Reichsregierung

entzogen und der Ueberwachung durch den Verband unterstellt werde.

Die Fragen des englisch-französischen Bündnisses, der Entschädigung überhaupt und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas blieben nach Gavas unerledigt. Wenn auch über sie gesprochen wurde. Sie werden dem Obersten Rat vorbehalten, der voraussichtlich Anfangs Januar in Cannes (Südfrankreich) zusammentreten wird.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ schreibt, er wäre nicht erstaunt, wenn man Deutschland ein Zugeständnis auf seine nächsten Zahlungen machen würde, es würde aber auf keinen Fall ein Drittel des Betrags überschreiten.

London, 22. Dez. Nach dem „Manchester Guardian“ soll eine neue Schwierigkeit in den Besprechungen dadurch entstanden sein, daß Briand einen Anteil an der im August erfolgten Milliardenzahlung für Frankreich beansprucht als „Entschädigung“ für die Zustimmung zur Zahlungsfindung. Lloyd George machte demgegenüber geltend, daß Frankreich durch das Wiesbadener Abkommen im Vorteil sei.

Die übertriebenen Marineforderungen Frankreichs.

Washington, 21. Dez. Staatssekretär Hughes schrieb an Briand, auf Grund der französischen Flottenvorschläge, die die Seemacht Frankreichs durch den Bau von 10 weiteren Großkampfschiffen verdoppeln würden, könne eine Verständigung nicht zustande kommen. Würde aber das Abkommen mit Frankreich nicht gelingen, so würden auch die einstweiligen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan hinfällig sein.

Die britischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz haben ihre Forderungen nach London, die für den 31. Dezember gültig waren, abgestellt, da sie der Meinung sind, daß die Verhandlungen eine Abreise vor Mitte Januar unmöglich machen werden.

Die Reichsregierung und die Beamten.

Berlin, 22. Dez. Im Reichsfinanzministerium fand heute eine weitere Aussprache mit den Führern der Beamtenverbände statt. Die Forderungen der Verbände vom 3. Dezember sollen nach Lage der Verhältnisse ermäßigt werden. Die Beratungen werden voraussichtlich in der ersten Hälfte des Januar wieder aufgenommen.

Kein Zahlungsaufschub.

London, 22. Dez. (Havas.) Die Sachverständigen sollen sich geeinigt haben, den beiden Ministerpräsidenten eine Empfehlung vorzulegen, die deutlich jeden Gedanken eines Moratoriums zurückweist. Die Ansicht Frankreichs soll demnach durchgedrungen sein. Deutschland würde sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark zu leisten, die von ihm am nächsten Verfalltag gefordert werden könne. Dagegen würde der Betrag, der auf der Grundlage der 35prozentigen Abgabe auf die deutsche Ausfuhr gerechnet werde, vorläufig beiseite gelassen werden, da er zum größten Teil bereits durch Sachlieferungen ausgeglichen ist. Bevor sie zu diesem Schluß komme, stelle die Empfehlung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands fest, wobei sie sich auf die eingehend geprüfte Statistik berufe. Deutschland sei trotz aller Behauptungen Wirtschafts in seiner Rote an die Wiederherstellungskommission in der Lage, die Zahlung zu leisten. Vorgeschlagen würde hauptsächlich stärkere Ueberwachung der Statistik des deutschen Außenhandels und ausgedehnte Vollmachten des Garantieauschusses, jedoch ohne Einmischung in die innere Verwaltung Deutschlands. Außerdem würde das belgische Vortrecht genähert werden.

Frankreich beginnt zu drohen.

Mainz, 22. Dez. Wie gemeldet wird, sind in Wiesbaden 2000 Franzosen, in Worms 1200 Marokkaner eingekerkert.

Der Streit um das braunschweigische Kammergut.

Braunschweig, 22. Dez. In dem Rechtsstreit des herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg gegen den braunschweigischen Staat wegen der Ansprüche des Hauses an Kammergut (Domänen, Wäldern usw.) hat die erste Zivilkammer des Landgerichts dem vom Staatsministerium erhobenen Kompetenzkonflikt stattgegeben und die Angelegenheit vor dem braunschwei-

gischen Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzstreitigkeiten verwiesen.

Die Schulden des Zarenreichs.

Berlin, 22. Dez. Das Verhältnis zu Sowjetrußland wird zurzeit in deutschen Regierungskreisen eifrig erörtert. Besonders handelt es sich um die rechtliche Anerkennung der Sowjetmacht, die diese als erste Voraussetzung für alle weiteren Verhandlungen verlangt. Wenn man auf deutscher Seite auch geneigt scheint, diesem Wunsch zu entsprechen, so ist doch die Frage noch offen, welche Gegenleistungen Moskau dafür auf sich zu nehmen bereit ist. Zunächst käme nach hiesiger Auffassung ein Verzicht Rußlands auf den Paragraphen 116 des Versailler Vertrags in Betracht, der ihm einen Anspruch auf Kriegsschadigungen von Deutschland einräumt. Ob ein solcher Verzicht von einer späteren russischen Regierung anerkannt würde, muß freilich noch bezweifelt werden.

Die Sowjetregierung hat sich bekanntlich kürzlich zur Bezahlung der russischen Vorkriegsschulden bereit erklärt. Nach bolschewistischer Aufstellung betragen die äußeren Schulden am 1. Januar 1918 rund 12½ Milliarden Goldrubel, wobei die von der Zarenregierung garantierten Stadtanleihen und Anleihen von Privatgesellschaften nicht mitberechnet sind. Von diesem Betrag haben zu beanspruchen: England rund 6 Milliarden, Frankreich 5 Milliarden und Amerika 1¼ Milliarden Goldrubel. Auf die Kriegszeit entfallen davon an russischen äußeren Anleihen 5¼ Milliarden Goldrubel.

Von Bedeutung ist es nun, daß die bolschewistische Regierung kürzlich in Paris hat wissen lassen, die Anleihen der Kriegszeit seien nicht Rußland zugute gekommen, sondern den Industriellen in den genannten Ländern; aber ebenso habe Rußland von der deutschen Kriegsschadigung nichts erhalten. Insofern könne die Sowjetregierung die russischen Vorkriegsschulden auch nur mit 4 Milliarden Goldrubel berechnen, von denen aber 2½ Milliarden Entschädigung für die durch Frankreich erfolgte Unterstützung der Unternehmungen von Koltchal, Denikin und Wrangel, sowie des Bürgerkriegs in Abzug kämen. Entweder müsse Rußland einen Teil der deutschen Entschädigung erhalten oder es werde nur 1,5 Milliarden Goldrubel an seine Entenieggläubiger bezahlet. „Südd. Htg.“

Landtag.

Stuttgart, 21. Dez.

Zur Beratung stand das 10. Nachtragsgesetz, das die Fernerungszulagen der Beamten und die prozentuale Höhe entsprechend dem Vorgang des Reichs festlegt. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Der 11. Nachtrag, der die Einrichtung der Bezirksfinanzverwaltung durch Schaffung von 11 Staatsrentämtern in Württemberg als dem ersten Land Deutschlands bringt, entfeuerte eine erregte Aussprache. Abg. Scheef (D.D.P.) begründete die Vorlage und die Unterteilung des Finanzausschusses und Ministerialdirektor Groß erklärte, das Gesetz sei eine Staatsnotwendigkeit. Die Reichsfinanzämter können infolge Ueberlastung und bei dem Wirrwarr der Steuererhebung die Aufgaben der Landesvermögensverwaltung nicht erledigen.

Abg. Körner (N.N.) lehnte den Entwurf namens der Rechte ab. Er machte Gründe der Sparbarkeit geltend, der Staatsvereinfachung, kritisierte die überhäufte Reichssteuererhebung und warnte vor Vermehrung der Beamtenstellen, zumal in Deutschland auf 5 Familien bereits eine Beamtenfamilie komme.

Abg. Winkler (Soz.) stimmte dem Entwurf zu und beschuldigte die Rechte, daß sie die Mitverantwortung für den großen Beamtenapparat und den Ausbruch des Krieges trage. Abg. Fiegler (U.S.P.) lehnte das Gesetz ab aus politischen und finanziellen Gründen ebenso Abg. Winter (Nomm.). Abg. Hoffmann (D.V.P.) stimmte im Interesse der Sparbarkeit dem Gesetz zu. Ministerialdirektor Groß wies darauf hin, daß die Reichsfinanzämter noch nicht einmal die Steuererhebung für das Jahr 1920 abgeschlossen hätten. Für die Landesaufgaben bleibe somit keine Zeit übrig.

Eine Erwiderung des Abg. Bazielle (N.N.), der die Steuererhebung des Reichs, für die die heutigen Regierungsparteien die Verantwortung tragen, als die

Ursache unserer heutigen Zustände bezeichnete, entwarf eine Reihe von polemischen Reden der Abg. Scheef (D.D.P.), Bod (Ztr.), Andre (Ztr.). Es gab hierauf Erwiderungen von Abg. den Abg. Körner und Dr. Wolf (N.N.), fürmische Zurufe, eine Erregung im Hause, wie man sie nur bei politischen Aussprachen gewöhnt ist.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz in 2. Lesung gegen Rechte und äußerste Linke angenommen, einstimmig eine Entschädigung für die (Ztr.), daß die neuen Staatsrentenämter nicht nur die Auszahlung der Gehaltsbezüge der höheren Lehrer, sondern auch der Volksschullehrer vornehmen sollen. Auf Einsprache der Rechte mußte die dritte Lesung auf Freitag verschoben werden. Angenommen wurde noch ein Antrag der Regierungsparteien, daß für Schiffs- und Geschworene eine zeitgemäße Entschädigung festgesetzt wird. Justizminister Holz teilte mit, daß ein entsprechendes Gesetz dieser Tage im Reichsrat zur Beratung stehe.

Stuttgart, 22. Dez.

Der Landtag erledigte heute vormittag in knapp zweistündiger Sitzung die dritte Beratung der württ. Gerichtslosen- und der Notariatsgebührenordnung. Beide Gesetze wurden bei der Schlußabstimmung gegen die Rechte angenommen, die dazu eine Erklärung abgab, daß sie die Verantwortung für das Gesetz ablehne, nachdem ihre Verbesserungsvorschläge von der Mehrheit niedergestimmt worden seien.

Arbeitsminister Keil sprach zum 13. Nachtragsgesetz (Kulturbaudämmer, landwirtschaftliche Schulen, Beamtenstellen für das Hauptfürsorgeamt). Er sei nicht der schwarze Mann, als den man ihn in Kreisen der Landwirtschaft hinstelle. Was zur Hebung und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion geschehen könne, werde er mit allen Kräften unterstützen. Abg. Ströbel (N.N.) protestierte gegen die Art von Gesetzmacherei, die den Abgeordneten keine Zeit lasse, die Vorlage zu prüfen, er stimmte aber im übrigen den Forderungen des Entwurfs, soweit sie sich auf die Landwirtschaft beziehen, zu. Dem Einspruch Ströbels, daß die Vorlagen erst in letzter Stunde an das Haus kommen, schlossen sich an Abg. Müller (Soz.), Scheef (D.D.P.), Hartmann (N.N.), Korno (Zentr.), Kinkel (U.S.P.), Schmid (Nomm.). Sie erklärten sich im übrigen mit den Forderungen des Gesetzes, die nur eine Ergänzung des letzten Etats darstelle, einverstanden. Arbeitsminister Keil wies darauf hin, daß die rasche Vorlegung nicht böser Wille der Regierung sei und daß künftig anders verfahren werden solle. — Das Nachtragsgesetz wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

Stuttgart, 22. Dez. (Kleine Anfrage.) Die Abg. Zentler und Melchinger (N.N.) haben folgende kleine Anfrage gestellt: Die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, insbesondere Thomasmehl, ist seit 3 Monaten völlig ins Stocken geraten. Bei dem schlechten Stand der Herbstsaat ist eine Nachhilfe dringend notwendig. Ist der Arbeits- und Ernährungsminister nicht in der Lage, dahin zu wirken, daß die Zufuhr des langbestellten Düngemittels schnellstens erfolgt?

Stuttgart, 22. Dez. Neuordnung der Lehrerbildung.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Aus der und jener Seminarstadt, so zuletzt aus Heilbronn, treten Mitteilungen über Aufhebung der Lehrerseminare und Umwandlung in höhere Schulen (deutsche Oberschule, Oberrealschule, Realgymnasium) auf. Alle diese Mitteilungen sind verstreut. Im Gegensatz zu Hessen, Hamburg, Thüringen, Kuhlth und anderen kleineren Ländern haben, wie in Preußen, Bayern und Baden, so auch in Württemberg bis jetzt nur unverbindliche vorläufige Erhebungen und Erwägungen in der Sache stattgefunden; die Sperrung der Aufnahme in die Lehrerbildungsanstalten im laufenden Jahr, die sich vermutlich 1922 wiederholen wird, war eine Folge der derzeitigen Lehrkräfteüberflusses, der voraussichtlich noch mindestens 5–6 Jahre andauern wird. Augenblicklich steht in erster Linie die weitere Behandlung des Referentenentwurfs des Reichsministeriums des Innern zur Erörterung. Vor Einleitung irgend welcher Maßnahmen sind die finanziellen Folgen der Neuordnung genau zu prüfen; das entscheidende Wort hat deshalb der Landtag.

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höber.

80.

(Nachdruck verboten.)

Sorglos arbeiteten die Mägde weiter. Als sie mit dem Aufräumen fertig waren, schlürften sie nach der Küche, brauten sich den Morgentrunke und ließen sich gemächlich zu einem ausgiebigen Frühstück nieder, das die Gabsucht der Herrin heute nicht ungebührlich an Butter und anderen guten Zutaten beschneidet. Dann kamen die Bänglein der Mägde ins Blaubern und darüber gingen die Stunden hin. Langt war es heller Tag geworden, es schlug acht Uhr, die Uhrzeiger rückten weiter und auf einmal hob das Schlagwerk der alten Standuhr aus und verkündete die neunte Stunde, während zugleich auch schon die Kirchenglocken in der Stadt zum Gottesdienst entboten.

Noch immer war es lautlos still hinten im Wohn- und Schlafzimmer. Nun kamen auch schon die ersten Frühgäste, sehr zum Bedauern der Mägde, die wohl oder übel jetzt daran denken mußten, Franz zu wecken, denn ans Kundenbedienen wagten sie sich doch nicht heran, da hätte die Lamnwirtin bei ihrer Rückkehr übel genug aufmucken können.

Da nun wurde das Schreckliche entdeckt. Laut schreiend kam die eine Magd, die den alten Hausdiener hatte wecken wollen, in die Gaststube gelaufen und kündete, hinten im Schlafzimmer der Eheleute liege Franz auf der Diele in seinem Blute ausgestreckt und sei augenscheinlich tot. Das war das Signal zu einem ungeheuerlichen Aufruhr. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von dem Vorgefallenen in der Nachbarschaft und die Anwohner drängten in die Gastzimmer, um zu gaffen und sich durch eigenen Augen sehen zu überzeugen. Ein besonnener Nachbar lief zur Polizei, bald darauf kamen einige Vertreter der heiligen Hermandad im Sturmschritt herbeigeeilt, säu-

berten das Haus von allen Unerwünschten und beerderten, da der Kreisarzt über Land war, den nächstwohnenden Arzt herbei. Der konnte indessen nichts mehr helfen, die Magd hatte richtig gesehen, der alte Franz war augenscheinlich schon seit Stunden tot, offenbar mit einem stumpfen Instrument erschlagen.

Da dem Unglücklichen doch nicht mehr zu helfen war, ordnete der mittlerweile am Tatort erschienene Polizeikommissär an, im Schlafzimmer bis zum Eintreffen des unverzüglich benachrichtigten Amtsgerichtes alles unberührt und auch den Toten in seiner ursprünglichen Lage zu belassen.

In vorläufiger Vertretung des durch den Fernsprecher von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzten Amtsrates waltete bald darauf schon ein jüngerer Kollege seines Amtes. Die Ausbeute war nur gering, Indizien gab es fast keine zu sichern. Der Tote war stumm, der Ausdruck wilder Angst in seinen erstarrten Zügen konnte auch keinen weiteren Aufschluß geben, am wenigsten über die Person des Mörders. Das Zimmer selbst befand sich in wohlgeräumten Zustand und wies keinerlei Spuren eines etwa zwischen Opfer und Mörder vorangegangenen Kampfes auf. Nur die Nordwand, ein schwerer Holzhammer, wurde auf der Diele neben dem Toten gefunden. Der Anecht erkannte ihn auf der Stelle; nach seinen Angaben war es der zum Ausschlagen der Bierfässer benötigte Hammer. Diese Funktion hatte dem alten Franz obgelegen und in der Regel hatte sich der Hammer unten im Keller in einem Verschlag befunden, wo die Bierfässer standen und die Pressionsleitung nach dem Gastzimmer aufgestellt war. Die beiden Fenster im Schlafzimmer waren ordnungsmäßig geschlossen und verwahrt; auch die Eisenriemen davor befanden sich in gutem Zustande. Die Tür zum anstoßenden Wohnzimmer stand offen. In diesem brannte ein Gasarm, dessen Flamme ganz niedrig geschraubt war. Auf dem Sofa lag ein zerwühltes Kissen, daneben auf der Diele eine wollene Bettdecke. Augen-

scheinlich hatte Franz sich auf das Sofa zum Schlafen niedergelegt, die eine Gasflamme hatte er niedrig brennen lassen, um sofort im Bedarfsfalle Licht zur Hand zu haben. Er mochte durch ein Geräusch vom Schlafzimmer her nach geworden sein und sich erhoben haben, um nachzuschauen. Dort neben der Türschwelle war er von dem ihm augenscheinlich erwartenden Täter ohne weiteres niedergeschlagen worden. Weder das Hauspersonal noch die Bewohner der Nachbarhäuser hatten während der Nacht irgend ein außergewöhnliches Geräusch oder gar einen Unfall bemerkt. Dem Pferdewechter war es allerdings, als ob es in der Nacht wiederholt heftig vorn am Gaustor geklaut habe. Da aber das Eindringen zu Frauens Obliegenheiten gehörte, hatte er sich nicht weiter darum gekümmert, sondern sich auf andere Ohr gelegt und weitergeschlafen. Die beiden Mägde dagegen hatten überhaupt nichts gehört.

Der Kassenschatz war verschlossen und äußerlich unbeschädigt. Der junge Amtsrichter hatte gerade nach einem Sachverständigen geschickt, um den Schrank öffnen zu lassen, als Amtsrat Martini in Begleitung des Kreisarztes eintraf und sich unverzüglich durch die vor dem Hause angebaute neuartige Menge nach dem Tatorte begab, sofort von seinem jüngeren Kollegen begrüßt und von den Ergebnissen der bisherigen Beweissicherung in Kenntnis gesetzt wurde. Er durchschritt die beiden Zimmer, lauschte aufmerksam und nicht wiederholt bestimmend. Dann ordnete er die Wegschaffung der Leiche an. „Frau Bindwald kann jeden Augenblick zurückkehren“, erläuterte er, „die Vermisste hat in den letzten Stunden ohnehin so viel Schweres durchzumachen gehabt, daß ich ihr diesen neuerlichen traurigen Anblick gern ersparen möchte. Auch von einer Öffnung des Kassenschrankes wollen wir bis nach der Rückkehr der Wirtin Abstand nehmen, sie dürfte wohl den Tresorschlüssel in Verwahr

(Fortsetzung folgt.)

Württemberg.

Stuttgart, 22. Dez. (Neues Diätengesetz.) Wie wir hören, hat das Staatsministerium dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes betr. Aenderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtags fertiggestellt, den der Landtag noch in der letzten Sitzung vor den Feiertagen verabschieden wird.

Jugendpolizeistunde. Die städt. Polizeidirektion macht darauf aufmerksam, daß Eltern und deren Vertreter verpflichtet sind, ihre Kinder unter 14 Jahren davon abzuhalten, daß sie in der Silvesternacht nach 9 Uhr abends auf öffentlichen Straßen und Plätzen sich zwecklos herumtreiben.

Von der Ernte in Württemberg. Nach den Mitteilungen des Stat. Landesamts stellt sich das Erntergebnis in Württemberg nach vorläufiger Schätzung bei Kartoffeln auf 15 041 363 Htr. (im Vorjahr 15 063 114 Htr.), bei Zuckerrüben auf 1 808 849 Htr. (1 649 066), bei Runkelrüben auf 14 613 132 (20 '68 425) Htr. Die Erträge, auf das Hektar berechnet, stellen sich bei Kartoffeln niedriger als in den beiden Vorjahren (7 bzw. 1,9 Prozent), bei Zuckerrüben macht sich der Wenigerertrag stärker geltend (14 bzw. 10,1 Proz.), am stärksten jedoch bei Runkelrüben (26 Proz.). Dabei ist zu beachten, daß die Kartoffelanbaufläche heuer größer war (75 195 Hektar, gegenüber 71 355 Hektar im Jahr 1920). In Zuckerrüben ist der heurige Gesamtertrag trotz des Zurückbleibens des Hektarertrags höher, weil die Anbaufläche von 3273 auf 4420 Hektar gestiegen ist. Die Zuckerrübenenernte ist um nahezu 10 Prozent höher als im Vorjahr. In Runkelrüben war die Anbaufläche kleiner, der Hektarertrag gegenüber 1919 aber etwas höher.

Eine Krautpatate. In den Mitteilungen des Stat. Landesamts wird eine Statistik über den Kopfschl (Weißkraut, Kraut, Kappiskraut usw.) aufgemacht und der Nachweis geführt, daß nur in Bayern der Kopfschl noch stärker angebaut wird als in Württemberg. Alle übrigen Länder bleiben aber hinter Württemberg mehr oder weniger weit zurück. Doch zeigt der Anbau in Württemberg starke Schwankungen. Am meisten wird er im Neckar- und Schwarzwaldkreis gepflegt. Der stärkste Anbaubezirk ist Stuttgart-Umgebung, dann folgt der Bezirk Esslingen. Die größte Krautgemeinde ist Ulm mit einer Anbaufläche von 136 Hektar. Im ganzen Land wurden heuer 3414 Hektar mit Kohl angebaut, 1910 waren es aber 4496, 1912 sogar 4566 Hektar. Der Ertrag wechelt sehr. Im Jahr 1902 wurden in Württemberg 2 083 768 Zentner Kraut erzeugt, im Durchschnitt der Jahre 1910/20 jedoch nur 1 257 000 Zentner. Der Kopfschl ist ein wichtiger Handelsartikel und eine erhebliche Einnahmequelle. Während vor dem Krieg der Zentner durchschnittlich auf 386 Mark kam, betrug der heurige Preis durchschnittlich 62,50 Mk., also ungefähr das Sechste. In weiter zurückliegenden Zeiten wurde das Silberkraut bei guten Ernten bis zu 1 Mark der Zentner abgeleitet.

Baihingen a. F., 22. Dez. (Robert Leicht f.) Der Besitzer der weitbekannten Bierbrauerei Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Robert Leicht ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Leicht hat die Brauerei aus kleinen Anfängen zu einem erblühenden Betrieb emporgebracht.

Heilbronn, 22. Dez. (Mittelstandshilfe — Theaterzuschüsse.) Die Sammlungen für die Mittelstandshilfe haben hier und im Bezirk mehr als eine halbe Million Mark erbracht. — Um den Theaterbetrieb aufrecht zu erhalten, rechnet man hier auf Zuschüsse des Staats. Der Finanzausschuß wird sich demnächst mit einer entsprechenden Eingabe beschäftigen. Das Kultministerium soll dafür sein, auch die Theater des Landes durch Staatszuschüsse zu unterstützen.

Reilheim u. T., 22. Dez. (Erschossen.) Bei einem Streit in einer Wirtschaft erhielt der 70jährige Mich. Prinz von dem 30jährigen Eberhard Beyang eine Ohrpeitsche. Prinz ging hin, holte einen Revolver und erschoss seinen Gegner in der Wirtschaft.

Bebenhausen, 22. Dez. (Bescherung.) Wie alljährlich, hat Herzogin Charlotte für die Kinder der Gemeinde im Schulhaus eine Weihnachtsgeschenke veranstaltet. Die Kinder hatten Wunschzettel schreiben dürfen.

Ohingen a. D., 22. Dez. (Zugsentgleisung.) Gestern vormittag entgleisten zwischen hier und Kottenacker bei der Station Dettlingen mehrere Wagen eines Güterzugs. Verletzt wurde niemand. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Verkehr wird durch Umlegen aufrecht erhalten.

Gall, 22. Dez. (Landwirtschaftliche Lohnsätze.) Der landw. Bezirksverein hat unter dem Vorsitz von Dr. Grant-Oberlinpurg mit den Obmännern der Ortsvereine und den Arbeitnehmern über die Löhne der Knechte und Mägde in der Landwirtschaft für 1922/23 beraten. Man ging davon aus, daß auf die bisherigen Löhne Zuschläge von 50 Prozent gewährt werden. Die Sätze sind bei freier Verpflanzung nunmehr folgende: Große Knechte 5000—8000 Mk., 2. Knechte 3000—6000 Mk., Kleine Knechte 1000—2500 Mk. Mägde, die alle landw. Arbeiten verrichten, 3000—5000 Mk., alle anderen Mägde 1000—3000 Mk. Es wurde empfohlen, die üblichen Extraverdüngen, wie Kleider, Stiefel beim Vertragsabschluß genau festzusetzen. Nach den Abmachungen gelten sie jedoch als im Lohne inbegriffen.

Heidenheim, 22. Dez. (Grippe.) Die Grippeerkrankungen haben in den letzten Tagen hier ein erschreckendes Maß erreicht. Allein bei der Ortskrankelei sind 300 Erkrankungen von Heidenheim und 1500 im Oberamtsbezirk gemeldet.

Blaubeuren, 22. Dez. (Besitzwechsel.) Wie man hört, ist das hiesige Reformpädagogium in den Besitz der Landwirtschaftslammer übergegangen, die darin eine landwirtschaftliche Winterschule einrichten will. Als Kaufpreis werden 1 100 000 Mk. genannt.

Saulgau, 22. Dez. (Brand.) Abends brach im Dachraum des Werkstattgebäudes des Josef Frankenhäuser, Metallgießerei hier, ein Brand aus, der den Dachstuhl schwer beschädigte. Am Dachstuhl waren eine

größere Anzahl Holzmodelle und bedeutende Warenvorräte aufbewahrt, die nahezu vollständig vernichtet wurden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, die Brandursache unbekannt.

Reutlingen, 22. Dez. (Rohheit.) Vester Tage wurden aus der Umgebung hier 12 Gänse angeboten, die lebend Silvesternacht gerupft worden waren; die Haut war teilweise blutunterlaufen, die Schwämme zum Teil gebrochen. Und die armen Tiere lebten und waren in einem Käfig eng zusammengepfercht.

Mengen, 22. Dez. (Hunde im Schafstreck.) Nachts drangen Hunde in den ausgelegenen Pterch des Schafhalters Hagmann zum Tollhof ein. Gegen 40 Stück wertvoller Schafe wurden teils zerissen, teils erstickt oder dem Verenden nahe vorgejunden.

Baden.

Karlsruhe, 22. Dez. Die Ministerien der Finanzen und des Innern, sowie das Arbeitsministerium veröffentlichen in der soeben erschienenen Nr. 77 des Bad. Gesetzes- und Verordnungsblattes die Verordnung über den Vollzug des Reichsgesetzes zur Ausführung des Wohnungsabgabengesetzes, das der Förderung des Wohnungsbaues dienen soll. In der Verordnung wird bestimmt, daß jede Gemeinde alsbald eine Steuerliste nach dem Stand vom 1. Oktober 1921 aufzustellen hat, die alle in ihrem Bereich gelegenen, vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude, die abgabepflichtigen Steuerwerte derselben und die zur Zahlung der Abgabe verpflichteten Personen enthält. Die Grundlage für die Steuerliste bilden das Feuerversicherungsbuch und die für die Besteuerung des Grundvermögens geführten Gebäudesteuerzettel. Nicht anzunehmen sind die nach dem 30. Juni 1918 fertiggestellten Gebäude. Die Steuerliste ist nach der ersten Aufstellung eine Woche zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aufzulegen. Ueber Einsprachen entscheidet der Gemeinderat. Die Gemeinden haben dem Bezirksamt alljährlich auf 1. Januar der Gesamtbetrag der wohnungsabgabepflichtigen Steuerwerte anzuzeigen.

Karlsruhe, 22. Dez. Der evangelische Oberkirchenrat hat angeordnet, daß die Ruhestandsempfänger und die Hinterbliebenen von Geistlichen Vorschriften auf die zu erwartende Erhöhung der Ruhestands- und Hinterbliebenen-Besüge erhalten. Jeweils am letzten Sonntag im Februar soll eine allgemeine Kirchensammlung zu Gunsten des Bad. Landesvereins für Innere Mission vorgenommen werden. Die allgemeine Kirchensammlung für die kirchliche Versorgung der deutschen Evangelischen im Ausland soll jeweils am letzten Sonntag im September erfolgen. — Die evang. Kirchengemeinde in Karlsruhe sammelt Mittel für die Errichtung eines großen Gemeindehauses, in dem auch ein Hospiz und ein Altersheim untergebracht werden sollen.

Karlsruhe, 22. Dez. Der Landesverband der bad. Hotelindustrie hielt in den letzten Tagen in einer Reihe badischer Städte Besprechungen über die Festsetzung von Mindestpreisen im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe ab. Im Hinblick auf die große Steuerbelastung wurde die streng ökonomische Grundlage bei der Hotel- und Wirtschaftsführung gefordert.

Mannheim, 22. Dez. Die Mannheimer Zeitungen konnten nicht ansgetragten werden, weil die Ausräger in einen wilden Streik eingetreten sind. Die Träger hatten kurzbestimmte Forderungen gestellt, die von den Verlegern abgelehnt wurden. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Vom Streik betroffen sind sämtliche Mannheimer Blätter.

Wegen der Grippe sind das Gymnasium, die Liselotte-Schule und die Volksschule in Lützenberg geschlossen worden. Es ist beabsichtigt, heute sämtliche Volks- und Mittelschulen zu schließen, da eine größere Anzahl Lehrer an diesen Anstalten erkrankt ist.

Die Bad. Anilin- und Sodafabrik hat in ihrem Dypauer Werk die Herstellung von Ammonial wieder aufgenommen.

Mosbach, 22. Dez. In den umfangreichen Diebstählen in dem Kaufhaus Heide, die die auch unter dem Verdacht des Kindsmords verhaftete Ladnerin Flora Bauer ausführte, wird noch berichtet, daß ein seit Jahren bei der Firma angestellter gewesener Kaufmann Karl Wecker in die Diebstähle verwickelt ist, und daß außerdem zwei Handelsleute aus Neckarzimmern wegen Diebstahls verhaftet wurden. Die Diebstähle und Unterschlagungen übersteigen den Betrag von 100 000 Mark.

Weinheim, 22. Dez. Diebe, die in die Kirche zu Schönberg eingebrochen waren, zerstörten, als ihnen nahezu nichts in die Hände gefallen war, ein Delgemälde, zerrissen die Bibel und verunreinigten die Kirche. In derselben Nacht drangen vier Unbekannte bei dem Gastwirt Rascher in Elmshausen ein und erpreßten unter Androhung von Erschießen einige 1000 Mark.

Baden-Baden, 22. Dez. Zwei Unbekannte drangen an einem der letzten Morgen in die Wohnung des Landwirts Kaniger in Baden-West ein. Sie bedrohten den im Bett liegenden 69jährigen Mann mit einem Messer und raubten 11 französische Hundertmarkenscheine und 7 Tausendmarkscheine. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Baden-Baden, 22. Dez. Einer der Senatoren des bayerischen Georg-Ritterordens, Reichsreichert Forstmeister a. D. Johann Maximilian von und zu Bodman ist hier im Alter von 76 Jahren gestorben.

Müllheim, 22. Dez. Auf der Straße Basel-Müllheim stürzte bei Kleinkems infolge des eingetretenen Tauwetters ein großer Felsblock ab und fiel auf das Bahngleis. Der diensttuende Beamte Ernst Escher in Kleinkems hörte das Getöse des fallenden Blocks, schritt sofort die Straße ab und konnte den in wenigen Minuten fälligen Frankfurter Schnellzug noch zum Halten bringen.

Bühl, 22. Dez. Ueber das Schnapsbrennerwesen geht dem „Volksfreund“ eine Darstellung zu, in der es u. a. heißt: Eine großartige Hausindustrie hat sich in der Bühler Gegend seit über zwei Jahren aufgetan. Fast jedes Haus ist eine Schnapsfabrik; oft gar keine kleine. Am „sichersten“ ist man, wenn man

gar kein Brennrecht hat; in diesen Fällen tut ein Kartoffeldämpfer. Wenn je Kontrolle kommt, bis sie im ersten Haus des Dorfes fertig ist, ist das ganze Dorf alarmiert, im Nu sind alle Feuer gelöscht. Wie sich das Geschäft rentiert? „In 1 1/2 bis höchstens 2 Tagen haben wir 1000 Mark verdient“, sagte neulich eine Frau. Eine andere: „Was ich, wenn mer a für 15 000 Mk. gestraft werde, mer habe en de letzte zwei Jahr a 500 000 Mark verdient.“ (?)

Engen, 22. Dez. Zu einem Streik in dem hiesigen Bürgerausschuß ist es wegen der Gehaltssteigerung der städtischen Beamten gekommen. Nach dem neuen Stand des Gehaltsstaris wären rund 270 000 Mark für die städt. Beamten aufzubringen. Die meisten Bürgerausschuhmitglieder waren der Ansicht, daß dies eine zu starke Belastung der Stadtverwaltung bedeute und erließen deshalb nicht zu der anberaumten Sitzung. Nur 6 Mitglieder des Stadiparlaments hatten sich eingefunden. Jetzt wird wohl der Schlichtungsausschuß in dieser Frage entscheiden.

Freiburg, 22. Dez. Eine Kolonialwarenhändlerin und ihr Sohn haben Zunder, den sie für 425 Mark für den Zentner einkauften, um 1600—1800 Mark am Kaiserhäuser usw. weiterverkauft. Der Sohn wurde wegen Buchens verhaftet.

Konstanz, 22. Dez. Wie die „Thurg. Ztg.“ meldet, wurden in einem hiesigen Gasthaus in der Nähe des Kreuzlingerzolls 30 Pakete im Wert von etwa 60 000 Mk. beschlagnahmt. Es handelt sich um Waren, die von Schweizern hier gekauft waren und dort zur Aufbewahrung abgegeben wurden.

Vermischtes.

ep. Drei deutsche Afrikaner als Ehrendoktoren. Die Hamburger Universität hat durch ihre staatswissenschaftliche Fakultät den verdienten früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Schnee, und den Afrikaforscher Franz Suhlmann zu Ehrendoktoren ernannt und durch ihre philosophische Fakultät den Professor der Afrikanistik an der Berliner Universität Dietrich Westermann, einen der besten Kenner afrikanischer Sprachen, der, aus dem Basler Missionshaus hervorgegangen, seit 1900 im Dienst der Norddeutschen Mission in Togo gestanden hat und dann Lehrer am Orientalischen Seminar in Berlin wurde, zu derselben Würde erhoben.

Abgelehnte Strafaussetzung. Das Landgericht I Berlin hat den Antrag des Vaters des ehemaligen Reichs-Altweig v. Hirschfeld auf Aussetzung der noch nicht verbühten Haftstrafe seines Sohnes abgelehnt. Der junge Hirschfeld war bekanntlich am 21. Februar v. J. wegen des Anschlags auf Erzberger zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt worden.

Weihnachtsspende aus Amerika. Am kommenden Freitag werden in drei Sälen der Stadt Karlsruhe tausend der ärmsten Kinder durch das Rote Kreuz beschenkt auf Grund einer Spende der deutschen Amerika-Hilfe, die zu diesem Zweck 45 000 Mk. zur Verfügung gestellt hat. Eine solche Spende ist auch sechs anderen Städten zum gleichen Zweck zugewandt.

Einbruch. In die unbewohnte Villa des Prof. Hausmann in Bad Soden drang eine mehrköpfige Diebesbande mittels Nachschlüssels ein. Sie öffneten alle Schränke, Kommoden usw. und stahl das gesamte Silbergerät im Wert von 80 000 Mark.

Eine Hochverräterin. Die in Wiesbaden wohnende Fürstin Schafonskaja aus Rußland ist unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet worden. Sie wird sich demnächst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verantworten haben.

Auch ein Zeichen der Zeit. Nach der Berliner Nordstatistik sind im Januar 1921 in Berlin 20 Morde verzeichnet, im Februar 7, im März 11, im April 8, im Mai 6, im Juni 13, im Juli 11, im August 9, im September 11 und im Oktober 6; das ergibt das erhebende Resultat: 102 Morde in 10 Monaten.

Ein Opfer der deutschen Liebesmüdigkeit in Rußland. Einer Blättermeldung aus Riga zufolge ist in Kasan das Mitglied der deutschen Hülfs Expedition für das hungernde Rußland, Dr. Gärtner, an Flecktyphus gestorben.

100 Jahre. In Leutesheim b. Rchl konnte der Fischer Johann Georg Koffer am 20. Dezember den 100. Geburtstag feiern. Der Kreis ist geistig und körperlich noch sehr rüstig. Er empfing u. a. ein Glückwunschschreiben des Staatspräsidenten Dr. Hummel und ein Ehrengeheim.

ep. Urlaub für Jugendliche. Der Evang. Jungmännerbund Sachsen hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er die Gewährung eines mindestens 14 Tage langen jährlichen Urlaubs für alle Jugendlichen im Alter von 14—18 Jahren ohne Unterschied des Berufs bei Fortgewährung der Bezüge beantragt.

Schöne Erbschaft. Ein Landwirt in Mergelfette n Ovl. Heidenheim erhielt die Nachricht, daß ihm ein in Amerika verstorbener Verwandter eine Erbschaft von 12 000 Dollar (ungefähr 2 160 000 Mark) hinterlassen habe.

Die Papiernot der Presse. Abg. Städel (Bauernbund) hat im Bayer. Landtag folgende dringende Anfrage eingebracht: „Die Tageszeitungen leiden so stark an Papiermangel, daß ihr Erscheinen in Frage gestellt ist. Trotzdem wurde die Druckpapieraussfuhr nach dem Ausland nicht eingestellt. Es liegt die Vermutung nahe, daß wegen der am 1. Januar 1922 bevorstehenden Preiserhöhung für Druckpapier die Lieferungen zurückgehalten werden. Ist die Staatsregierung in der Lage, diesem Unfug schnellstens abzuhelfen, um das Weitererscheinen der Tageszeitungen zu sichern?“

Verhaftung. Der Redakteur der Berliner „Notenjahne“, Leo Borochowicz, ist von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden. Er hatte einen auf den Namen Bayer lautenden Paß bei sich. Borochowicz wird sich vor dem Gericht u. a. wegen Urkundenfälschung zu verantworten haben.

Das einfache Mittel. Auf zwei Märkten in Berlin wurden am 20. Dezember von einer großen Menschenmenge die Weihnachtsbäume geraubt und fortgeschleppt. Wagen, die mit Bäumen beladen waren, wurden in den Straßen umgestürzt und des Inhalts beraubt.

Unwägbares Wetter.

Die Störungen dauern an. Am Samstag und Sonntag ist nachts kaltes Wetter zu erwarten.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 23. Dezbr. 1921.

Binden-Lichtspiele. Heute Freitag abend 8 Uhr beginnt der große steile Sensations-Abenteuerer und Detektiv-Film „Nirvana“ 1. Teil „Das Haus des Schreckens“. Außer Freitag Abend finden am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag jeweils nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr Vorstellungen statt. Nirvana ist das größte deutsche Filmwerk das je geschaffen wurde. Der Film-Kurier die tonangebende Filmzeitschrift schreibt folgendes über Nirvana: Ein ganz groß angelegtes Filmwerk, das seine Handlung durch alle Erdteile hegt. Im wesentlichen ein Detektivfilm: wenn man diesen Begriff noch anwenden kann angedeutet eines solchen Reichtums an Handlung, Sensationen, Verwicklungen. Eine unerhörte Fülle von Menschen, Land-

schaften, Farben: Der unermessliche Reichtum exotischer Willardäre, die geheimen Kulte und Wissenschaften der Indier, halsbrecherische Tricks, das Leben auf Dampfem, starke Verfolgungsszenen, Szenen in Chinatown, ungeheure Brände... es ist nicht veräußert worden, diesen Zyklus in seinem nie ermüdenden Tempo zu einer großen Leistung deutscher Filmindustrie auszugestalten. Derartige Unternehmungen auf breiter Basis, ganz auf Abenteuer, Handlung, Spannung, Croit gestellt, mit Verbrechern und Detektiven im Mittelpunkt, wurden bisher irrtümlich für ein geistiges Monopol der amerikanischen Filmindustrie angesehen. Das vorliegende Werk beweist, daß Deutschland auch in dieser Beziehung konkurrenzfähig ist. Ebenso international wie der Stoff des Filmes war auch seine Besetzung und Inszenierung. Ein großer Teil ist in Ungarn gebaut und gedreht worden. Eine Anzahl ausländischer

Kräfte haben mitgewirkt, darunter bekannte ungarische und dänische Schauspieler. Unter den deutschen Mitwirkenden ist vor allem Evi Eva zu erwähnen. Also alles in allem eine Sensation, wie sie Wildbad noch nie gesehen hat. Aber noch nicht genug, als Beiprogramm wieder einmal „Karlsen“ und zwar „Karlens erster Brautbesuch“ ein Lustspiel in 2 Akten. Wer einmal wirklich von Herzen lachen will, der sehe sich dieses Lustspiel an. 1. Postalisches. Nach einer allgemeinen Verfügung hat am 2. Weihnachtsfeiertag der Orts- und Landbestelldienst bei den Postämtern zu ruhen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag den 26. Dezember keinerlei Bestellungen stattfinden. Dagegen werden am Sonntag den 25. Dezember (Christfest) Pakete und Briefe bestellt werden. Ebenso werden an diesem Tage die Landpostbotengänge ausgeführt.

Stadt Wildbad.

Grubenholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 28. Dezember 1921, vormittags 11 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald II Leonhardswald, Abt. 5 Sandsteigle 213,24 Am. Grubenholz und zwar:

29,58 Am., 1,85 Meter lang, Mittendurchmesser 12 cm,
38,66 Am., 2,15 Meter lang, Mittendurchmesser 12 cm,
145,00 Am., 2,50 Meter lang, Mittendurchmesser 15 cm.

Losverzeichnisse durch die Stadtpflege.

Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Aufforderung zur Abgabe von Lohnveränderungsanzeigen.

An die Herren Arbeitgeber!

Am 1. Januar 1922 tritt voraussichtlich ein Reichsgesetz in Kraft, nach welchem die Versicherungsgrenze der Krankenversicherung wesentlich ausgedehnt und die Grundlöhne bedeutend erhöht werden. Mit diesem Zeitpunkt werden auch die den herrschenden Steuerungsverhältnissen längst nicht mehr angemessenen Kassenleistungen (Krankengeld, Wochenlohn, Hausgeld, Sterbegeld) wesentlich erhöht.

Da sich diese Leistungen nach dem Arbeitsverdienst der Versicherten richten, werden die Herren Arbeitgeber im Interesse der Versicherten hiemit aufgefordert, die neuesten Bezüge der bei ihnen Beschäftigten, soweit dies nicht bei der durchgreifenden Neuaufnahme der Löhne auf 1. Oktbr. 1921 oder inzwischen durch Lohnveränderungsanzeigen geschehen ist, der Kassenverwaltung umgehend anzuzeigen und zwar möglichst nach dem voraussichtlichen Stand auf den 1. Januar 1922. Vorbrude zu diesen Lohnveränderungsanzeigen sind bei der Hauptkasse in Neuenbürg sowie bei den Meldestellen der Kasse in Calmbach, Herrenalb, Höfen, Schönbürg und Wildbad zu haben. Wenn in den Bezügen der Beschäftigten seit Abgabe der letzten Lohnanmeldung eine Aenderung nicht eingetreten ist, kann eine wiederholte Anzeige unterbleiben, doch wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, jede Aenderung in den Bezügen der bei ihnen Beschäftigten unverzüglich der Krankenkasse zu melden und daß sämtliche Arbeitgeber dem Versicherungsamt zur Anzeige gebracht werden können.

Eine Uebersicht über die ab 1. Januar 1922 gültigen neuen Leistungen und Beiträge wird noch vor diesem Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Neuenbürg, den 23. Dezember 1921.

Der Vorsitzende des Vorstands: Die Kassenverwaltung:
Eugen Seeger. Dobernet.

Am Dienstag, den 27. Dezbr. 1921

bleiben unsere

Kassen und Büros geschlossen.

Direktion d. Disconto-Gesellschaft,
Zweigstelle Wildbad.

Schönes Kuhfleisch

per Pfd. Mk. 10.— zu haben bei

Eugen Pfau,
Hermann Schmid.

Das beste Weihnachtsgeschenk

ist bei diesem Wetter

reiner Bienenhonig

direkt vom Imker, das Pfund 20 Mark.

Solcher ist zu haben bei

Fr. Winkler, Café u. Weinstube.

Diverses Weihnachtsgebäck, Liköre von den einfachsten bis zu den feinsten.



Fußball-Berein

Wildbad

vereinigter Fußball- und Sport-Berein

Am Sonntag, den 25. Dezember (Christfest) findet in der Turnhalle unsere

Weihnachts-Feier

verbunden mit musikalischen und theatralischen Aufführungen sowie Gabenverlosung statt.

Die verehrlichen Ehren- und passiven Mitglieder, sowie die Angehörigen unserer gefallenen Mitglieder nebst Freunde und Gönner unserer Sache werden mit ihren Familien-Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Freiwillige Gaben zur Verlosung werden vom Vorstand und Kassier Pöfner dankend entgegengenommen. — Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Programm an der Kasse.

Liederkranz Wildbad

Am Montag, den 26. Dezember (Stefanfeiertag) findet in der Turnhalle die

Weihnachts-Feier

verbunden mit Gabenverlosung

statt.

Chormeister: Musikdir. Ab. Günth-Pforzheim,
ca. 80 Sänger.

Die verehrlichen Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder werden mit ihren Familienangehörigen freundl. eingeladen; letztere haben nur gegen Vorzeigen der ausgegebenen Einladkarten freien Zutritt. — Nichtmitglieder, sowie Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Ausw. Gäste können gegen ein Eintrittsgeld von 15 Mark eingeführt werden. — Freiwillige Gaben zur Verlosung werden vom Vorstand und Kassier Luz dankend entgegengenommen.

Programm 1 Mt. an der Kasse.

Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

NB. Das Belegen von Plätzen ist verboten, außerdem wird gebeten, das Rauchen während der Gesangsvorträge zu unterlassen.

Einige Personen zum

Holzreppeln

sucht

Chr. Bacher, Neuenbürg.

Meldungen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Spanische Weine

rot und weiß, Rum, Arac, Vermouth,
Cognac, Malaga.

Obst:

Aepfel, Birnen, Kastanien, Datteln, Feigen
Orangen, Zitronen, Zwiebeln.

Billige Lebkuchen, Eier, Nudeln etc.

Romano Chierogato.

Wildbad/Sprollenhaus.

40er Feier

am Montag, den 26. Dezbr. 1921 (Stefansfeiertag) im Gasthaus zum „Hirsch“ in Sprollenhaus, wozu sämtliche im Jahre

1881 Geborenen

von hier u. auswärts nebst ihren Familien-Angehörigen freundlichst eingeladen sind.

Hauskauf.

Wohn- od. Geschäftshaus,
inmitten der Stadt

zu kaufen gesucht.

Offerten unter M 299 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Enzklosterle/Sprollenhaus.

Hochzeits-Einladung!

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Kamerädinnen zu unserer am Montag, den 26. Dez. 1921 im Gasthaus zur „Krone“ in Enzklosterle stattfindenden

Hochzeits-Feier

ganz ergebenst einzuladen und bitten, dies als persönl. Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Friedrich Rau,
Sprollenhaus.

Anna Faist,
Enzklosterle.

Trauung 11 Uhr.

Treis-Abschlag

Fr. Schweineschmalz per Pfd. 28.—
" Margarine " " 24, 26, 28.—
" Estof in Tafeln " " 28.—
" Süßbutter " " 34.—
" frische Eier per Stück 3.50
" Ital. Vollreis per Pfd. 6.—
" Durma-Reis " " 7.—
" Weizengries " " 6.50

Robert Treiber.

Diejenige Person, die mir

meinen

Karrenentwendet

hat, konnte festgestellt werden

und wird, falls derselbe nicht

umgehend wieder an seinen

Platz zurückgebracht wird,

Strafantrag gestellt.

Karl Treiber, Bädermstr.

Für die Feiertage empfiehlt

zu feinen Aufschnittplatten:

Alle Sorten

Wurstwaren,

sowie

gek. Schinken

in nur besten Qualitäten.

Grossmanns Delikatessengesch.

Hafermehl i. Pak.

Zwiebackmehl i. Pak.

Drogerie A. & W. Schmitt.

Im Sohlen und Flecken

empfehl ich

Friedrich Wiedmaier,

Schuhmacher.

Blumenkohl, Rosenkohl, Wirsingkohl, Winterkehl, Gelbe Rüben, Salat, Rotkraut, Weißkraut,

empfehl ich

R. Chierogato.

